



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

26. November 2015

Olympia-Referendum: Nein! +++ Flüchtlinge +++ Haushalt ruiniert +++ Verdeckte ErmittlerInnen +++ Gegen Verödung

Liebe Leserinnen und Leser,



Foto: Michael Joho

nahezu täglich wurden wir in der letzten Zeit über das »Abendblatt«, den Senatsticker und etliche weitere Stellen mit glorreichen Meldungen über Hamburgs Bewerbung um die Olympischen Spiele 2024 geradezu bombardiert. Nun naht das Referendum und die Zustimmungquoten bröckeln. Der Rechnungshof-Bericht – ein Fiasko; die großspurige Ankündigung der sechs Milliarden schweren Unterstützung durch den Bund – bisher eine nicht bestätigte Ente; der ach so feine, nachhaltige, aufrechte Sportbetrieb – angesichts immer neuer Skandale um IOC, FIFA, die Dopingmedizin usw. eine Ohrfeige nach der anderen.

Und dann noch die nicht nachlassenden NOlympioniKInnen in Hamburg, die mit einem Minimum an finanziellen, personellen und organisatorischen Möglichkeiten tapfer gekämpft haben. Ihnen allen sei gedankt. Zusammen mit der LINKEN, die als einzige Partei von Anfang an den Wahnsinn der olympischen Megaevents kritisiert hat, haben sie den öffentlichen Diskurs durchaus mitbestritten, ja, es konnten sogar Punkte gemacht werden. Vor einem Vierteljahr erschien es noch undenkbar, doch mittlerweile wird ein Kopf-an-Kopf-

Rennen bei der Abstimmung am kommenden Sonntag, den 29. November, vorhergesagt.

Aber was soll mensch auch von solchen Äußerungen halten, wenn der DOSB-Chef Alfons Hörmann von den Olympischen Spielen in Hamburg als von einem »Projekt nicht nur für das kommende Jahrzehnt, sondern für das kommende Jahrhundert« phantasiert? Was für einen leicht durchschaubaren Unsinn verzapfte SPD-Fraktionschef Andreas Dressel am 12. November in der Bürgerschaft, als er die Olympischen Spiele 2024 hochlobte, schließlich würden wegen deren völkerverständigenden Charakters gerade »die Flüchtlinge und die ganze Stadt nur profitieren«, und außerdem entstehe auf dem Grasbrook ein »Willkommensstadtteil« mit 8.000 Wohneinheiten... Er vergaß zu erwähnen, dass diese Wohnungen frühestens in zehn Jahren bezugsfertig sind – ob es bis dahin teilweise bei Zelten für die NeubürgerInnen bleiben soll?

Für uns ist klar: Am 29. November wählen gehen und beim Olympia-Referendum mit einem eindeutigen und nachhaltigen NEIN! votieren!

Herausgeberinnen und Redaktion des BürgerInnenbriefes

Olympia heißt, im Stau zu stehen



Verkehrshindernis Linke VIPs, Willy-Brandt-Straße, 24.11.2015 (Foto: Michael Joho)

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) will für die Wochen während der Olympischen Spiele eigene Fahrspuren für seine FunktionärInnen und SponsorInnen sperren – wie würde das in Hamburg aussehen? Die Fraktion DIE LINKE hat's vorgemacht.

Wenn Olympische Spiele in Hamburg abgehalten werden, sollen die 10.000 SportlerInnen schnell und ungestört an ihr Ziel kommen. Und erst recht die 70.000 IOC-FunktionärInnen und Kumpane der Großkonzerne wie Coca Cola, Visa oder McDonald's. Deshalb besteht das IOC darauf, dass auch in Hamburg »Olympic Lanes« eingerichtet werden, also »Olympische Fahrspuren«. Das heißt: Auf den Straßen wird in jeder Richtung eine Fahrspur abmarkiert und für den normalen Verkehr gesperrt. Hamburger und Hamburgerinnen dürfen sie nicht benutzen, auch Taxen und HVV-Busse nicht. Sie alle müssen sich auf den verbleibenden Fahrspuren drängen – Olympia heißt für sie Staustehen.

Wie so eine exklusive Fahrspur in der Realität aussehen könnte, haben MitarbeiterInnen der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE am Dienstag, den 24. November, schon mal durchgespielt. Stilecht gekleidet in Anzug oder Kostüm fuhrten sie als vermeintliche IOC-FunktionärInnen auf der Willy-Brandt-Straße vor der Nicolai-Kirche vor – dem Anlass eines zünftigen Milliarden-Events entsprechend natürlich in ei-

ner Stretchlimousine. Die übrigen Autos mussten indes ausweichen. Das zeigt, wer bei Olympia profitiert – und wer das Nachsehen hat.

Der Senat versucht zwar zu beruhigen, aber so richtig überzeugend ist das nicht: In seiner Antwort auf die Große Anfrage der Linksfraktion (Drs. 21/1873 vom 3.11.2015) heißt es, »nach dem derzeitigen Planungsstand« seien solche künstlichen Fahrbahnverengungen geplant für Kieler Straße, Holstenstraße, Reeperbahn, Millerntorplatz, Glacischaussee, Ludwig-Erhard-Straße, Willy-Brandt-Straße, Deichtorplatz, Amsinckstraße und Versmannstraße, außerdem für die Freihafen-Elbbrücke und die Großmarktbrücke. Aber auch der Mundsburger Damm und die Hamburger und Fuhlsbüttler Straße bis zum Flughafen werden im Fall Olympischer Spiele wahrscheinlich nur eingeschränkt befahrbar sein, ebenso die Elbbrücken, der Bereich Berliner Tor und die Schnackenburgallee.

Olympic Lanes mit ungebremst durch die Stadt brausenden FunktionärInnen und lizenzierten UnternehmensvertreterInnen – und die HamburgerInnen schauen zu, aus dem im Stau feststeckenden Auto. Nur eines von vielen absurden Szenarien, die uns drohen, wenn Hamburg die Olympischen Spiele ausrichten sollte.

Solidarität mit allen Opfern des IS-Terrors



Die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft gedenkt der Opfer des IS-Terrors in Paris, in Beirut, in Syrien, Irak und der Türkei und rief zur Teilnahme an der Solidaritätskundgebung am Mittwoch, 18. November, auf. »Wir stehen an der Seite der Angehörigen und Freunde der Terroropfer und sprechen ihnen unser herzliches Beileid aus«, erklärten dazu die beiden Fraktionsvorsitzenden Cansu Özdemir und Sabine Boeddinghaus. »Wir verteidigen die offene Gesellschaft und das friedliche Zusammenleben. Die barbarischen Taten von Paris zeigen uns erneut wie wichtig es ist, die Ursachen von Krieg, Not und Terror zu beseitigen. Dazu gehört

auch, die Strukturen des IS zu zerschlagen und ihre Förderer zu stoppen – in Hamburg wie im Mittleren Osten. Militäreinsätze sind dabei keine Lösung, sie bringen wesentlich mehr Schaden als Nutzen. Das hat sich gerade im Mittleren Osten in den vergangenen Jahrzehnten wieder und wieder gezeigt. Ausdruck dessen sind nicht zuletzt die vielen Flüchtlinge aus der Region, die nun, nach Jahren des Krieges, auch in Europa ankommen – nicht als TrägerInnen, sondern als Opfer des Terrors. Auch ihnen gilt unsere Solidarität.« (Pressemitteilung der Linksfraktion vom 15. November 2015)

Flüchtlingspolitik: »Wir haben Wut im Bauch«

Von Surya Stülpe



Austausch am 13.11.2015 (Foto: M. Joho)

Über 60 Haupt- und Ehrenamtliche aus der flüchtlings-solidarischen Arbeit und in einem Hamburger Lager untergebrachte Geflüchtete waren am 13. November in den Räumen des Al-

ternativen Wohlfahrtsverbandes SOAL ev.V. zusammengekommen, um die aktuelle Flüchtlingspolitik in Hamburg zu bewerten. Rund drei Stunden diskutierten sie bei dem Hea-

ring intensiv zu den Themen Unterbringung, Gesundheit und Bildung von Geflüchteten in der Stadt.

Mit einem informellen Austausch bei Kaffee und Kuchen begann die Veranstaltung. Christiane Schneider, flüchtlingspolitische Sprecherin der Linksfraktion, eröffnete das Hearing mit den Worten »Uns geht es heute darum, von euch zu hören, was vor Ort los ist. Was sind die Missstände? Welche Lösungsideen habt ihr? Und wie müsste die Situation in einem Jahr aussehen?« In die drei Workshops waren Teilnehmende aus ganz unterschiedlichen Bereichen gekommen. AnwohnerInnen- und Solidaritätsinitiativen aus Hamburger Stadtteilen waren ebenso vertreten wie Mitarbeitende aus sozialen Einrichtungen. Viele berichteten von unhaltbaren Zuständen in den Unterbringungsstätten und in der Beschulung von Flüchtlingen. »Die Stadt verwaltet das Chaos und tut viel zu wenig dafür, dass es endlich besser wird. Die betreiben ihre Sparpolitik weiter, dieses Mal auf dem Rücken von Flüchtlingen. Vielerorts werden die Kinder wochenlang überhaupt nicht beschult«, so eine Teilnehmerin.

Besonderen Ärger rief der Umgang des Betreibers fördern & wohnen mit Ehrenamtlichen hervor. Viele berichteten, dass

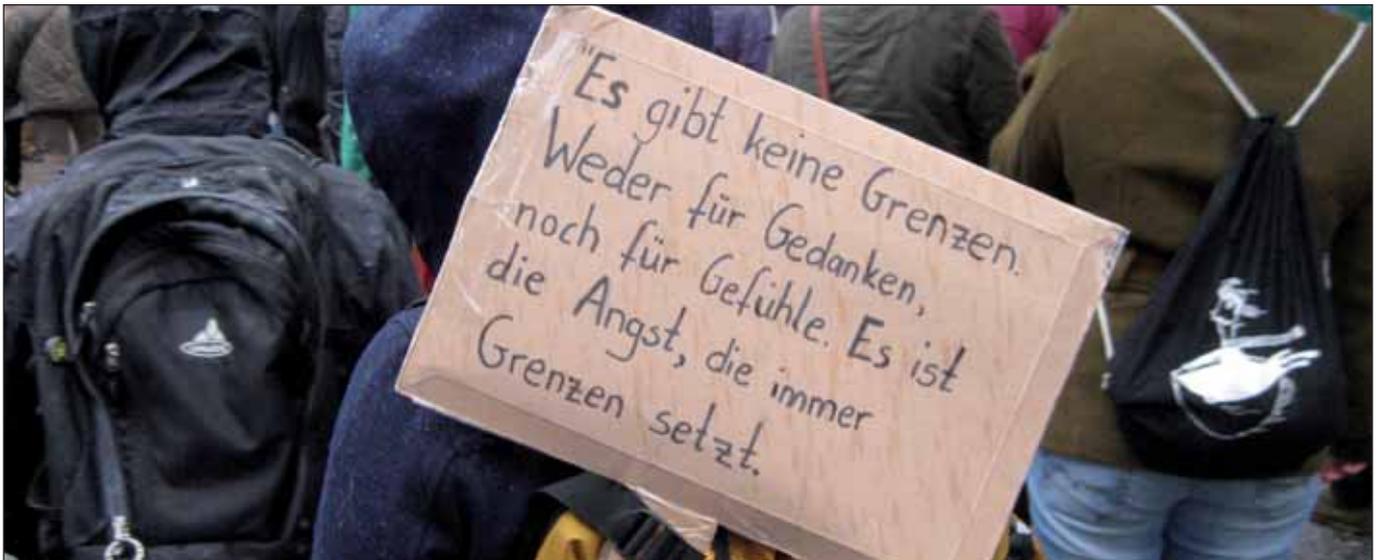
massenhaft geschultes Personal fehle und Ehrenamtliche nicht richtig ein- und angewiesen würden. Private Kontakte zu Geflüchteten müssten Ehrenamtliche im Vorfeld ausschließen, sonst würden sie gar nicht in die Einrichtungen gelassen. Es gebe »kein Konzept« und »keine Regeln« für die ehrenamtliche Arbeit, das habe zur Folge, dass Hauptamtliche mit Willkür Regeln aufstellten und den Ehrenamtlichen »Steine in den Weg« legten.

Gefordert wurden von den Teilnehmenden vor allem offene »Räume« in Unterkunftsnähe. Diese sollten zur »Vernetzung«, »zum Kennenlernen«, »zur Selbstorganisation«, »zur Koordination des Ehrenamts«, »zum Kochen« usw. genutzt werden können und nicht durch den Betreiber oder die Stadt dominiert werden.

»Insgesamt haben wir eine riesige Fülle von Anregungen bekommen. Es gilt nun, diese weiterzudenken und in konkrete Politik, das heißt in Anträge und Initiativen, einfließen zu lassen. Das haben wir uns für die nächsten Wochen und Monaten vorgenommen«, so Christiane Schneider abschließend.

Olaf Scholz: »Nicht den Haushalt ruinieren«

Von Joachim Bischoff



Refugee-Demo am 14.11.2015 (Foto: Michael Joho)

Im Unterschied zu den meisten anderen Bundesländern blicken Hamburgs FinanzpolitikerInnen wenig beunruhigt auf die stark ansteigenden Kosten zur Bewältigung des Ansturms der Flüchtlinge. Der Grund: Die Hansestadt erwartet mit 10,054 Mrd. Euro eine Rekordsteuereinnahme. Im Vorjahr 2014 hatte die Stadt 9,859 Mrd. Euro eingenommen. Wenn in den letzten sechs Wochen des Jahres nichts Signifikantes in der Eurozone oder der Welt passiert, dann rechnet die Hamburger Verwaltung weiterhin mit »sehr guten Steuereinnahmen«. Und auch für die nächsten Jahre – so die Steuerschätzung vom November – dürfte der Trend anhalten (siehe die Tabelle auf der folgenden Seite).

Die Logik der Vorsichtsabschläge ist sinnvoll. In den letzten Jahren seit der Großen Krise von 2008 haben sich die Steuereinnahmen kontinuierlich gesteigert, weil die Wirtschaftskonjunktur selbst einem zwar geringen, aber kontinuierlichen Wachstumspfad folgte. Diese Logik kann mit Sicherheit nicht für weitere Jahre fortgeschrieben werden. Doch auf kurze Sicht trägt der Trend. Der Senat erwartet einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,9% im nächsten Jahr (nach 1,6% in 2014 und 1,7% in 2015). Nach der durch Sonderfaktoren begünstigten positiven Entwicklung im ersten Halbjahr wächst die Hamburger Wirtschaft weiter. Allerdings: Sorgen um das Wachstum der Weltwirtschaft beschäftigen die

Tabelle: Hamburg verbleibende Steuern

Schätzergebnisse und bisherige Haushaltsplanung (Mio. Euro)

	2015	2016	2017	2018	2019
	Haushalt		Finanzplanung		
Steuerschätzung Mai 2015	9.907	10.159	10.504	10.831	11.206
Saldo der Produktgruppe »Steuern und Finanzausgleich«	9.581	9.744	9.903	10.120	
Darin berücksich- tigte Vorsichts- abschläge	220	350	480	610	
Abweichung der Steuerschätzung von der Haus- haltsplanung	+327	+414	+601	+710	

ExpertInnen schon seit einiger Zeit. Aktuell kommt ein weiterer Grund hinzu: Der Baltic Dry Index, der die Entwicklung der Charraten auf den wichtigsten Seehandelsrouten widerspiegelt, ist mit 504 Punkten auf den niedrigsten Stand seiner 30-jährigen Geschichte gefallen. Da der Index als Frühindikator für die Entwicklung des Welthandels gilt, ist dies ein negatives Signal auch für das weltweite Wachstum.

Schon jetzt zeigt sich diese Entwicklung in Hamburg. Der schwache China-Handel und die Folgen der Russland-Krise setzen der maritimen Wirtschaft zu.

1. Die Zahl der an den Kaimauern der Hansestadt bewegten Container sank in den ersten neun Monaten um 9,2% auf 6,7 Mio. Stück. Während der Containerverkehr mit Russland um 36% schrumpfte, sank er mit China um knapp 15%. Im August und September sei der sonst beginnende Anstieg im Containerumschlag durch Zulieferungen aus China für das Weihnachtsgeschäft nahezu ausgeblieben. Für das Gesamtjahr rechnen die Hafenfirmitäten damit, dass knapp unter neun Mio. 20-Fuß-Standardcontainer (TEU) nach Hamburg geliefert bzw. von dort in alle Welt verschifft werden. Das wären gut 7% weniger als 2014.
2. Die maritime Wirtschaft in Hamburg rutscht schleichend in eine Abwärtsspirale. Größter Verlustträger ist die HSH Nordbank, die endlich abgewickelt werden wird. Jetzt werden die Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein für 6,2 Mrd. Euro Schrottpapiere von der Bank übernehmen. Die Endabrechnung im Jahr 2018 wird weitaus brutaler ausfallen.
3. Auch die Traditionsreederei Hapag-Lloyd muss sinkende Gewinne bekannt geben. Gleichwohl hat die Reederei mit Hängen und Würgen im dritten Anlauf ihren Börsengang geschafft. Der Ausgabepreis lag weit unter den ursprünglichen Erwartungen. Vor allem die Stadt Hamburg zahlt für die bevorstehende Emission der Anteile einen hohen Preis. 2008 und 2012 hatte die städtische Beteiligungsfirma HGV in zwei Schritten für insgesamt rund 915 Mio. Euro einen Anteil von zeitweise mehr als einem Drittel an der Reederei gekauft. Ihre zweite Tranche der Hapag-Lloyd-Aktien hatte die Stadt 2012 zu 41,22 Euro je Aktie erworben

und insgesamt 420 Mio. Euro bezahlt. Auch die früher erworbenen Anteile sind inzwischen auf diesen Betrag abgewertet. Insgesamt steht die Finanzlast für Hapag-Lloyd bei der HGV derzeit mit 1,15 Mrd. Euro in den Büchern. Dividende hat die Reederei seit 2008 an die Stadt nicht gezahlt. Rund 24 Mio. Aktien der Traditionsreederei hat die Stadt gekauft. Kauf und Finanzierung haben Hamburg bislang rund 1,3 Mrd. Euro gekostet. Der Vermögensverlust beträgt nach dem Niveau des Börsenkurses ca. 500 Mio. Euro.

4. Das zweite maritime Schwergewicht der Stadt, die Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA), meldet wegen der Schifffahrtskrise und des schwächelnden Welthandels schwache Ergebnisse. Der Hafenlogistikkonzern sackte nach den schlechten Zahlen im Börsenhandel auf neue Tiefststände ab. Auch dies bedeutet unterm Strich einen weiteren Vermögensverlust für die Hansestadt. Gewiss ist: Die Strukturprobleme werden sich verschärfen.

Der Senat wird weiterhin hohe Vorsichtsabschläge bei den erwarteten Steuereinnahmen vornehmen, um die Finanzplanung gegenüber Risiken der wirtschaftlichen Entwicklung abzusichern.

Hamburg hat also gute Steuereinnahmen und fährt seit 2011 einen harten Sparkurs. Die neoliberale Austeritätspolitik zeigt sich vor allem in drei Bereichen: a) kontinuierlicher Abbau des Personals im öffentlichen Dienst, b) Streichen und Verschieben von Investitionen im Bereich der öffentlichen und sozialen Infrastruktur und c) Kürzungen von Mitteln im Bereich sozialer Aufgaben.

Mit diesem Sparkonzept – so freut sich der Senat – habe der Haushalt seit 2011 schrittweise konsolidiert und 2014 erstmalig sogar ein deutlicher Überschuss im Gesamthaushalt von rund 400 Mio. Euro erzielt werden können. Der Überschuss wurde vollständig zur Schuldentilgung eingesetzt. Auch 2015 wird die Stadt trotz höherer Ausgaben für die Aufnahme von Flüchtlingen wieder ohne neue Kredite auskommen.

Hamburg steuert auch in diesem Jahr auf einen großen Überschuss in den öffentlichen Finanzen zu. Neben den höheren Steuereinnahmen kann die Stadt deutlich erhöhte Zuschüsse aus Berlin für die Aufnahme der Flüchtlinge erwarten. Auch die rot-grüne Senatskoalition weiß, dass noch ganz erhebliche finanzielle Belastungen auf Hamburg zukommen werden. Neben den höheren Steuereinnahmen und der Fortsetzung des Sparkurses hilft, dass die Länder jetzt bis zur Entscheidung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) pro AsylbewerberIn monatlich 670 Euro vom Bund erhalten. Das ist eine wichtige Vereinbarung, um die unmittelbaren Kosten zu schultern. Die Sorge vieler Kommunen, woher die Finanzmittel kommen sollen, ist in Hamburg überflüssig: Nachdem die Stadt schon 2014 einen Haushaltsüberschuss von mehr als 400 Mio. Euro erzielt und damit vor allem Schulden getilgt hatte, lag der Etat per 31. Mai 2015 schon wieder mit 360 Mio. Euro im Plus. Am Jahresende wird auf jeden Fall wieder ein Überschuss im hohen dreistelligen Millionenbereich stehen, obwohl die Flüchtlingskosten für 2015 mit rund 600 Mio. Euro veranschlagt werden. Die Unter-



Refugee-Demo am 14.11.2015 (Foto: Michael Joho)

stützungsleistung des Bundes für die Flüchtlingshilfe in Millionenhöhe kommt da noch oben drauf.

Der ungebrochene Ansturm von Flüchtlingen stellt Hamburg gleichwohl nicht nur vor enorme organisatorische Probleme, z.B. bei der Schaffung von Unterkünften, sondern ist zweifellos in finanzieller Hinsicht eine Herausforderung. Der Hamburger Senat könnte aber angesichts der Überschüsse, die sich trotz Schuldenbremse ergeben, in diesem Jahr Sofortmaßnahmen auf den Weg bringen, um die aktuellen Notlagen wenigstens kurzfristig ein wenig zu lindern. Dabei geht es zunächst nicht um dauerhafte Ausgabensteigerungen, sondern darum, das Haushaltsplus statt für die Tilgung für vordringliche projektbezogene Ausgaben zu verwenden:

- **Flüchtlinge:** Für zusätzliche Projekte für die Flüchtlingshilfe veranschlagt der Senat einen Mehrbedarf gegenüber dem Haushaltsplan 2015 von 300 Mio. Euro.
- **Arbeitsmarkt:** Wegen der auf hohem Niveau stagnierenden Zahl der Langzeitarbeitslosen sollte Geld für einen »sozialen Arbeitsmarkt« zur Verfügung gestellt werden. Mit zusätzlichen 50 Mio. Euro für öffentlich geförderte Beschäftigung könnte dafür ein Anfang gemacht werden.
- **Wohnungen und Obdachlosigkeit:** Wegen der großen Zahl fehlender preiswerter Wohnungen in der Stadt (s. dazu auch S. 17 in diesem BürgerInnenbrief) sprechen wir uns dafür aus, den Etat für den sozialen Wohnungsbau deutlich aufzustocken. Mit zusätzlichen Mitteln von 200 Mio. Euro könnte sichergestellt werden, dass mindestens 3.000 preiswerte Wohnungen gebaut und auch die Situation der Obdachlosen deutlich verbessert werden.
- **Öffentliche Infrastruktur:** Wegen des anhaltenden Verschleißes der öffentlichen Infrastruktur (Straßen, Radwege, Grünanlagen, Schulen) sollten 50 Mio. Euro mehr für öffentliche Investitionen eingeplant werden.
- **Kinder- und Altersarmut:** Wegen der hohen und noch wachsenden Kinder- und Altersarmut sollte zumindest mehr Geld für die entsprechende soziale Infrastruktur und eine Verbesserung des Sozialabos für den HVV bereitgestellt werden. Dafür könnten die entsprechenden Etats um 50 Mio. Euro aufgestockt werden.

- **Beschäftigte im öffentlichen Dienst und in angrenzenden Bereichen:** Wegen der Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen und des wachsenden Drucks auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes plädieren wir dafür, auf geplante Einsparungen etwa bei den Bezirken zu verzichten. Gleichzeitig sollte den Trägern sozialer Dienstleistungen ein Ausgleich für Tarif- und Mietsteigerungen gewährt werden. Auch hierfür ist eine Aufstockung der Mittel um 50 Mio. Euro erforderlich.

Der rot-grüne Senat hat angesichts der gewachsenen finanzpolitischen Spielräume die Möglichkeit, die Arbeits- und Lebensbedingungen vieler BürgerInnen zumindest ein wenig zu verbessern. Es sieht allerdings nicht danach aus, dass er sie auch nutzt. Die Ausrede der »Schuldenbremse« hat er dafür gegenwärtig allerdings nicht.

Überschuldung steigt weiter

Trotz der für die Stadt erfreulich hohen Steuereinnahmen und des Jahresüberschusses von 400 Mio. Euro im Jahr 2014 haben sich das Vermögen der Stadt vermindert und die Überschuldung deutlich verschlechtert. Laut Geschäftsbericht überwiegen in Hamburg die Schulden – alle Vermögenswerte gegengerechnet stehen statt 9,925 Mrd. Euro für die Verwaltung 22,316 Milliarden Schulden in den Büchern.

Die heftige Erhöhung des Fehlbetrags erklären die Finanzleute zum reinen Papierproblem. Im Zuge der Umstellung auf die kaufmännische Haushaltsführung habe man einige Posten der Bilanz in den vergangenen Jahren immer wieder neu bewerten müssen. Mit dem Geschäftsbericht 2014 hoffe die Behörde nun, »auf einem belastbaren Stand« zu sein und nahezu alle Vorgaben des Handelsgesetzbuchs zu erfüllen. Umfangreiche Korrekturen hat die Stadt u.a. bei der Bewertung ihrer Finanzanlagen (2,2 Mrd. Euro) und Abschreibungen bei Schulimmobilien (608 Mio. Euro) vornehmen müssen. Auch ihr Anlagevermögen im Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen hatte die Stadt zunächst zu hoch eingeschätzt: 783 Mio. Euro weniger stehen jetzt in der Bilanz. Im Klartext: In den letzten Jahren wurden die Vermögenswerte des Stadtstaates überschätzt. Jetzt, nach den rea-

listischeren Ansätzen, kommt zum Vorschein, dass die Stadt erheblich überschuldet ist. Dickster Brocken der von der Finanzbehörde »Bilanzielle Einmal- und Sondereffekte« betitelten, zwölf Mrd. Euro teuren Negativliste ist mit Abstand die Rückstellung für die Garantieleistung Hamburgs gegenüber der HSH Nordbank. 4,467 Mrd. Euro plant die Stadt zusätzlich zu den bereits zurückgestellten 700 Mio. als »Drohverlustrückstellung« für das Finanzdesaster ein. »Mit höchster Wahrscheinlichkeit werden wir aus unserer Garantie in Anspruch genommen werden«, sagte der Finanzsenator. Die mehr als fünf Milliarden seien eine Summe, »von der wir hoffen können, dass sie ausreicht. Bei einer unkontrollierten Abwicklung können die Kosten sehr viel höher werden.« Die rot-grüne Koalition wird – mit oder ohne Olympia-Bewerbung – den Haushalt nicht ruinieren. Er ist es bereits.

Das Statistikkamt Nord hat in seinem Periodikum **Statistik informiert** Nr. 189/2015 vom 24.11.2015 auf die angespannte Entwicklung der **Industrie in Hamburg in den ersten drei Quartalen 2015** hingewiesen. Danach meldete die Hamburger Wirtschaft zuletzt einen durchschnittlichen Umsatzrückgang von 11%, das Containergeschäft habe ein Minus von 10% zu verzeichnen. Aktuelle Zahlen finden sich hier: www.statistik-nord.de/publikationen/publikationen/presseinformationen/dokumentenansicht/industrie-in-hamburg-in-den-ersten-drei-quartalen-2015-1/.

Fachtagung »Stadt des Ankommens«



Refugee-Demo am 14.11.2015 (Foto: Michael Joho)

Tausende Geflüchtete, die in Hamburg seit Wochen unter teilweise erbärmlichen Bedingungen in schlecht geheizten Zelten überwintern müssen, täglich Hunderte durchreisende Flüchtlinge, die auf dem Hauptbahnhof ankommen und Tag und Nacht alleine von Ehrenamtlichen versorgt werden, weil sich der Senat für nicht zuständig erklärt. Nein, so sieht keine Willkommenskultur aus, mit der sich der Erste Bürgermeister so gerne schmückt.

Eine Tagung von Aktiven, Initiativen und Verbänden am 11. Dezember soll zeigen, dass es auch anders geht. Die Stadt des Ankommens, wie sieht sie aus? Welche Bedingungen benötigen wir, damit die NeubürgerInnen eine echte Zukunft haben? Ganz sicher nicht einige neue, isolierte Großsiedlungen am Stadtrand. Wir brauchen vielmehr und vor allem kleinteilige, nachbarschaftliche, die Menschen selbst einbeziehende Lösungen und Wege, nicht zuletzt durch die Übernahme von leerstehenden Büro- und Wohngebäuden. Konkrete Beispiele und Erfahrungen von unten sollen auf der Tagung diskutiert werden, nicht zuletzt, um den Plänen des Senats eine men-

schenswürdige, politische Alternative entgegenzusetzen. Die Linksfraktion ruft auf zur Beteiligung an dieser Konferenz. Und wir bringen nachfolgend den gegenwärtigen Ablaufplan.

Wie kann Hamburg zu einer »Stadt des Ankommens« werden?

Dieser Frage widmet sich eine von verschiedenen Akteuren aus dem Spektrum der Stadtteil- und Flüchtlingsinitiativen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Wissenschaft vorbereitete Fachtagung am Freitag, 11. Dezember 2015. Mittels vier Schwerpunktthemen soll die Frage erörtert werden, wie ein Zusammenleben für alle, jenseits einer Stadt der »Lager« und sozialer Segregation, gestaltet werden kann.

Der aktuellen Politik sollen in kritischen Diskussionen Handlungsempfehlungen entgegengebracht und Forderungen aufgestellt werden. Durch verschiedene Fachvorträge werden abends weitere Blickwinkel auf die Thematik ermöglicht und eine Vertiefung und Diskussion angestoßen.

Uhrzeit: 14:30-19:30 Uhr
 Abendvorträge: 20:00-22:00 Uhr
 Ort: Hochschule für Angewandte Wissenschaften HAW – Versammlungsstätte EG, Alexanderstraße 1, 20099 Hamburg
 Anmeldungen: Stadt_des_Ankommens@haw-hamburg.de
 Facebook: Stadt des Ankommens
 Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos.

Programm

1. Nachmittag

14:30-14:45 Ankommen
 14:45-15:00 Begrüßung und Einführung
 15:00-15:20 Hamburg – eine Stadt des Ankommens?
 – Eröffnung durch das Café Exil
 15:20-17:00 Themenblöcke
 1. Zusammenleben im Gemeinwesen
 2. Partizipation und Selbstorganisation
 3. Arbeit und Bildung
 17:00-17:15 Kaffeepause
 17:15-18:15 Podium: Wohnen, Stadtplanung und Stadtpolitik
 – Bernd Kniess und Ingrid Breckner (HCU Hamburg, Stadtplanung)
 18:15-18:30 Fazit und Vorstellung einer gemeinsamen Erklärung
 18:30-19:30 Austausch und Diskussion im Worldcafé
 19:30-20:00 Snack

2. Abendprogramm

20:00-22:00 Zusammenleben in der Stadt, mit Prof. Dr. Walter Siebel (Stadtsoziologie Uni Oldenburg)

Veranstalter: AG Soziale Stadt; Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V.; GEW Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft; Hochschule für Angewandte Wissenschaften HAW Hamburg, Department Soziale Arbeit; Gemeinwesenarbeit GWA St. Pauli; St. Pauli selber machen; Ver.di, Fachbereich Besondere Dienstleistungen; Ver.di, Fachgruppe Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe; Ver.di, Landesmigrationsausschuss; Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V.; Institut für Konfliktlösung und Mediation (ikm); Recht auf Stadt – never mind the papers; Refugees Welcome Karoiertel; Refugees Welcome St. Georg; SV Vorwärts St. Georg.



Refugee-Demo am 14.11.2015 (Michael Joho)



Refugee-Demo am 14.11.2015 (Foto: Michael Joho)

Weitere wichtige Veranstaltungen im Bereich Flüchtlingshilfe:

1. Informations- und Vernetzungstreffen für die AkteurInnen auf und um den Hauptbahnhof, veranstaltet von der Refugee-Welcome-Initiative St. Georg, **Donnerstag, 10. Dezember**, 18.30 Uhr, Aula der Heinrich-Wolgast-Schule am Carl-von-Ossietzky-Platz (Lange Reihe). Mit Rafiwu Salami (Rahma-Moschee, Borgfelde), Ulrike Brandenburg (Flüchtlingsbeauftragte des Bezirks Hamburg-Mitte), Sabine Winter (fördern & wohnen, Bereichsleitung Wohnen im Bezirk Mitte) und Sidonie Fernau (Paritätischer Wohlfahrtsverband, Unterstützung Hamburg-Hauptbahnhof). Mehr unter <http://hansaplatz.de/refugees-welcome-stgeorg/>.

Forum Flüchtlingshilfe, eine »Plattform für alle, die geflüchteten Menschen in Hamburg eine Perspektive geben«, veranstaltet vom neuen Forum Flüchtlingshilfe der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie, Integration (BASFI). **Freitag, 18. Dezember**, 14.30 bis 19.30 Uhr, Fischauktionshalle. Mit Bürgermeister Olaf Scholz (Grußwort), ehrenamtlich engagierten Initiativen und den ForumsveranstalterInnen; es gibt Gesprächskreise, Best-Practice-Präsentationen, Kurz-Workshops und Stände der verschiedenen Gruppen. Mehr unter www.hamburg.de/forum-fluechtlingshilfe/.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Am 26. Oktober legte das **Statistikamt Nord** wieder eine interessante Datensammlung vor: zur **Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Hamburger Stadtteilen Ende 2014**. Wer sich ein stadt(teil)bezogenes Bild machen möchte, z.B. darüber, dass fast ein Drittel aller HamburgerInnen eben einen Migrationshintergrund hat, schaut hier: www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Statistik_informiert_SPEZIAL/SI_SPEZIAL_III_2015_komplett.pdf. Aber auch die Ausgabe 118/2015 der Publikationsreihe »Statistik informiert« vom 29. Juli lohnt das Nachschlagen. Sie enthält allerlei **Zahlen zu älteren Menschen in Hamburg**; immerhin ist mittlerweile knapp ein Fünftel der hiesigen Bevölkerung älter als 64 Jahre. So ergibt sich z.B., dass Ende 2014 lediglich 7.000 Senioren (5%) ein monatliches Nettoeinkommen von unter 700 Euro hatten, dagegen waren es 46.000 Seniorinnen (24%) in dieser Einkommensklasse. Mehr unter www.statistik-nord.de.



Neu aufgelegt und lesenswert ist die 28-seitige **Broschüre der Linksfraction im Deutschen Bundestag Mobilität für alle. Forderungen für einen attraktiven öffentlichen Verkehr**. Den Download gibt es unter <http://gleft.de/Qa>.

Inmitten des Medienrummels vor dem Olympia-Referendum sind nur wenige kritische Stimmen und authentische Informationen auszumachen. Ein halbstündiger **Fernsehbeitrag von Robert Kempe über Hamburgs Olympia-Bewerbung**, gesendet am 23. November im WDR (!), sei hier besonders empfohlen. Angemessen zu Wort kommen darin auch VertreterInnen der hamburgischen NOlympia-Bewegung: www1.wdr.de/fernsehen/information/sport_inside/sendungen/olympia-hamburg102.html.

Und gleich sei noch auf eine weitere sehenswerte **TV-Dokumentation** vom 10. November verwiesen: **Michael Schon und Hanno Christ** haben für eine dreiviertelstündige RBB-Sendung ein Jahr lang das **Binnenleben der rechtspopulistischen AfD in Brandenburg** beobachtet: <http://mediathek.rbb-online.de/tv/Dokumentation-und-Reportage/AfD-Populismus-als-Alternative/rbb-Fernsehen/Video?documentId=31568898&topRessort=tv&bcastId=3822114>.

Friede den Hütten, so ist der **2. Mietenpolitische Ratschlag der Bundestagsfraktion** in Zusammenarbeit mit der hessischen Landtagsfraktion DIE LINKE überschrieben. Er findet am **Samstag, den 28. November**, von 11 bis 18 Uhr in Frankfurt a.M., im Saalbau Gallus (Frankenallee III), statt. Im Mittelpunkt steht natürlich die aktuelle Lage auf dem Wohnungsmarkt, aber es geht auch um Alternativen z.B. in Richtung Stärkung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft und Möglichkeiten der Unterbringung von Menschen mit wenig Einkommen wie Flüchtlingen und Studierenden. Mehr Informationen und Anmeldung unter www.linksfraktion.de/termine.



Ungemein nützlich ist es, gemeinsam zusammenzutragen, »wem eigentlich die Häuser und Wohnungen im Stadtteil gehören«. Am **Samstag, den 28. November**, geht es zwischen 15 und 18 Uhr in der Wohlwillstraße zur Sache, wenn es lapidar heißt: Kaffee, Kuchen, Karte – und die Frage beantwortet wird, wem eigentlich St. Pauli gehört. Also, auf zum **gemeinsamen Kartieren der Besitzverhältnisse auf St. Pauli**.



Wer den **Ausgang des Referendums** um die hamburgische Olympia-Bewerbung im Kreis der NOlympionikInnen und Linksfractionäre verbringen möchte, ist herzlich eingeladen, am **Sonntag, den 29. November**, ab 17.30 Uhr im Raum 161 des Rathauses zum **Wahlabend** dazuzustoßen. Es gibt »Saft, Selters und Salzletten«, um 18.15 Uhr sind die ersten Hochrechnungen zu erwarten. Wer es an diesem Sonntagabend nicht ins Rathaus schafft, kann sich ab 19 Uhr unter www.olympia.referendum.de über die Referendumsergebnisse informieren.

Auf einer **Regionalkonferenz** unter dem Titel **Wohnen mit Zukunft** geht es am **Mittwoch, den 2. Dezember**, um die **Wohnungsmärkte und Siedlungsentwicklung in der Metropolregion Hamburg**. Präsentiert werden »aktuelle Zahlen, Hintergründe, neue Ansätze und Ideen für gemeinsames Handeln«. Bürgermeister Scholz eröffnet die von 10 bis 16.30 Uhr im Rathaus stattfindende Tagung. TeilnehmerInnen der um 11 Uhr beginnenden Podiumsdebatte sind Stadtentwicklungssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Torsten Wendt (AG Siedlungsentwicklung der Metropolregion Hamburg), Prof. Dr. Alkis Henri Otto (Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut), Marko Lohmann (Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen) sowie Dr. Dirk Lau (Pro Metropolregion Hamburg e.V.). Von 13.30 bis 15.30 Uhr sind vier Foren eingeplant: Strategien im Hamburger Wohnungsmarkt; Urbanes Wohnen; Vom Wachsen und Schrumpfen; Wer soll das bezahlen? Eine Anmeldung ist erforderlich. Mehr unter <http://metropolregion.hamburg.de/regionalkonferenz>.



Verdeckte ErmittlerInnen in linken Szenen

Von Christiane Schneider



Foto: Colourbox.de

Vor gut einem Jahr wurde die verdeckt ermittelnde Polizeibeamtin Iris P. enttarnt. Iris P. war von August 2001 bis März 2006 in verschiedenen linken Szenen vor allem in Hamburg im Einsatz gewesen.

Seit der Enttarnung gab es weitere Enthüllungen, vor allem über den intensiven Einsatz der Verdeckten Ermittlerin im Radio Freies Sender Kombinat (FSK). Auch der Innenausschuss der Bürgerschaft hat sich in zahlreichen Sitzungen mit dem Einsatz befasst.

Wir haben alle zugänglichen Berichte, Dokumentationen, Zeitungsartikel, parlamentarischen Anfragen, Protokolle des Innenausschusses auf unserer Seite www.grundrechte-kampagne.de unter der Rubrik »Verdeckte Ermittlungen« dokumentiert.

Ebenso haben wir den Fall »Maria B.« dokumentiert. Dabei handelt es sich um eine Verdeckte Ermittlerin, die 2009 bis 2012 in Hamburg in linken Szenen agierte und die Ende August 2015 über eine Internetveröffentlichung enttarnt wurde. Im Fall Maria B. hat der Innenausschuss die Befassung per Mehrheitsbeschluss – gegen LINKE und FDP – beendet. Im Fall Iris P. ist jetzt vor allem das Verwaltungsgericht am Zuge. Beide Fälle werfen ein Schlaglicht auf das mehr als fragwürdige Instrument der verdeckten Ermittlung der Polizei in politischen Szenen. In **politischen** Szenen? In einer Stellungnahme zu unserem Antrag auf einen NSU-Untersuchungsausschuss schreibt die Innenbehörde beiläufig: »Das Landeskriminalamt (LKA) Hamburg führt und führte im Bereich des Rechtsextremismus keinerlei Maßnahmen der ver-

deckten Verbrechensbekämpfung (V-Personen, VP oder Verdeckte Ermittler) durch.«

Während seit 1998 allein in Hamburg mindestens fünf verdeckt ermittelnde BeamtInnen des LKA in linken Szenen enttarnt wurden (wie viele wurden nicht enttarnt?!), soll es nicht eine/n einzige/n »im Bereich des Rechtsextremismus« gegeben haben, obwohl die Naziszene gerade in Hamburg über viele Jahre durch einen hohen Grad an Militanz auffiel. Auf ungläubige Nachfrage hieß es aus der Behörde: Im Bereich des Rechtsextremismus komme es vor allem auf zwei Dinge an: auf Saufen und auf Straftaten. Das sei LKA-BeamtInnen nicht zuzumuten – das ist tatsächlich nicht unplausibel.

Umso fragwürdiger ist aber der Einsatz in linken Szenen, auf die sich die Verdeckten ErmittlerInnen des LKA 7 (also des Staatsschutzes) demnach zu konzentrieren scheinen. Dass es – statt ums Saufen – um politische Diskussionen geht und dass niemand zu Straftaten getrieben wird, scheint den Staatsschutz zu verdeckter Ermittlung geradezu herauszufordern. Aufgrund der ausführlichen Auseinandersetzung mit den beiden jüngsten bekannt gewordenen Hamburger Fällen von Iris P. und Maria B. stellen wir den Einsatz von Verdeckten ErmittlerInnen des Staatsschutzes grundsätzlich infrage. Ich will vier Gründe nennen:

Erstens: Verdeckte ErmittlerInnen (VE) des Staatsschutzes greifen in die politische Meinungs- und Willensbildung ein. Und zwar immer wieder »mit radikalen Positionen«, wie es in der Internetveröffentlichung über Maria B. heißt, also tendenziell eskalierend. Damit ist die politische Meinungs- und Willensbildung nicht mehr frei, sondern staatlich beeinflusst. Das allein reichte schon. Hinzu kommt: Das aktive »radikalisierende« Agieren soll angeblich der Aufrechterhaltung der Legende dienen. Mag sein. Vor allem aber tragen VE auf diese Weise dazu bei, die Gründe zu schaffen, die ihren Einsatz legitimieren sollen.

Zweitens: Es sei dem Einsatz von VE »geradezu immanent«, so Polizeipräsident Meyer in der Innenausschusssitzung Ende August, »zu täuschen, List anzuwenden, zu lügen, Erschleichungen von Vertrauen vorzunehmen und andere Arten eines vielleicht im normalen Rechtsverkehr unerwünschten Verhalten(s)« anzuwenden. Mithilfe massivster Vertrauensbrüche greifen die VE mit ihrer verdeckten Datenerhebung tief in Grundrechte ein. Nicht nur in Grundrechte von »bestimmten Personen« (also Personen, gegen die sich der Einsatz konkret richtet), sondern auch gegenüber »anderen Personen« (also solche, die der/dem VE im Zusammenhang seines Einsatzes über den Weg laufen), wie es im Gesetz über die Datenverarbeitung der Polizei in § 12 heißt. »Jedermann« (wie es im Kommentar zu diesem Paragraphen heißt) kann Objekt der verdeckten Polizeiermittlungen werden. Über das Verhältnis zwischen »bestimmten Personen« und »anderen Personen« kann man nur spekulieren. Da nicht bekannt ist, dass z.B. aus dem vierjährigen Einsatz von Maria B. auch nur ein einziges Strafverfahren resultierte, liegt es nahe, dass die »anderen Personen« die eigentliche Zielgruppe der Einsätze sind.

Drittens: »Gelegenheit macht Diebe«, heißt es im Sprichwort. Der Einsatz von Iris P. im Radio FSK macht deutlich,



Hamburger Polizeizentrale (Wikipedia)

dass der Staatsschutz keine Gelegenheit ausgelassen hat. Es mag ja sein, dass das FSK nicht »das Auftragsziel der Beamtin« war, wie der Senat in der Antwort auf eine Kleine Anfrage ausführte. Aber es scheint, dass Iris P. sehr gezielt in die FSK-Redaktionsgruppe Radio re[h]v[vol]te geschickt wurde, weil die Polizei vermutete, sie könne dort Kontakt zu Personen bekommen, von denen sie wiederum vermutete, dass diese Kontakte zur »Zielperson« hatten. Das ergibt sich für mich aus einem Bericht der Innenrevision der Behörde, den wir ebenfalls auf die oben genannte Website gestellt haben. Erst hatte die Behörde bestritten, dass Iris P. überhaupt im FSK tätig war, dann hatte sie bestritten, dass die Vorgesetzten davon wussten, dann hatte sie, als diese Version nicht aufrechtzuerhalten war, die Verantwortung selbstkritisch zugegeben, aber die böse Absicht bestritten. Doch heute sieht alles danach aus, dass der schwerwiegende Eingriff in die Rundfunkfreiheit durch den aktiven Einsatz einer Polizeibeamtin im Radio bewusst und gezielt erfolgte.

Viertens: Der unappetitlichste und für die Betroffenen persönlich einschneidendste Teil von VE-Einsätzen ist das Erschleichen von persönlichen Freundschaften und erst recht von »Liebesbeziehungen«. Dieses Erschleichen erschüttert bei den Opfern nicht selten das Grundvertrauen in andere Menschen, ohne das niemand unbeschadet durchs Leben kommt. Deshalb sind, anders als die Polizei argumentiert, nicht nur »Romeo«-Beziehungen problematisch, also »Liebesbeziehungen«, die eingegangen werden, um Personen »abzuschöpfen«. Natürlich kommt es vor, dass PolizeibeamtInnen sich in Personen aus der Szene verlieben, in denen sie verdeckt ermitteln. Aber wenn sie Beziehungen aufnehmen und nicht abbrechen, sondern über Monate oder gar Jahre Beziehungen unter falscher Identität pflegen, dann kommt das einem Missbrauch gleich. Iris P. hat mindestens zwei »Liebesbeziehungen« aufgenommen. Und in mindestens einem Fall besteht der dringende Verdacht, dass sie ihr Opfer abgeschöpft hat.

Im Fall Iris P. wurden kürzlich zwei Feststellungsklagen beim Verwaltungsgericht eingereicht, eine vom FSK wegen des schwerwiegenden Eingriffs in die Rundfunkfreiheit, eine von einer Betroffenen wegen des schwerwiegenden Eingriffs in ihre Grundrechte. Das wird dauern, vielleicht Jahre, aber es ist zu hoffen, dass das Gericht die Grundrechte gegen die Polizeiübergriffe schützt und stärkt. Auf der politischen Ebene wollen wir gegen die Befugnis der Polizei angehen, Verdeckte ErmittlerInnen in politischen Szenen einzusetzen.

Radfahren fördern: Für Rechtsabbiegen bei Rot

Von Heike Sudmann



Mehr Bewegung für RadlerInnen (Foto: C. Hannen)

Die Fraktion DIE LINKE hat für die Bürgerschaftssitzung am 25. November einen Antrag eingebracht, um das Rechtsabbiegen bei Rot für RadfahrerInnen zu ermöglichen (Drs. 21/2207 vom 11.11.2015). Weil starre Ampelhasen, viel zu lange Wartezeiten und Bettelampeln den Radverkehr unattraktiv machen und den Fahrfluss bremsen, soll der Senat eine Art »Grünen Pfeil«, wie er sich für AutofahrerInnen bewährt hat, versuchsweise auch für RadfahrerInnen einführen. Eine solche Regelung gibt es bereits seit Längerem etwa in Paris – und durchaus mit großem Erfolg.

Tatsächlich gilt das Rechtsabbiegen mit dem Rad an roten Ampeln als weniger gefährlich als das mit dem Auto und braucht deshalb auch weniger hohe Hürden. Denn RadfahrerInnen sind langsamer und sie nehmen ihre Umgebung visuell und akustisch besser wahr. Da ihnen der dicke Schutzpanzer des Autos fehlt, fahren sie auch im Eigeninteresse vorsichtiger. Mit dem Antrag will die Fraktion erreichen, dass das Radfahren in Hamburg erleichtert wird und der Senat sich auf Bundesebene für eine entsprechende Änderung in der Straßenverkehrsordnung einsetzt. Nur von Nachhaltigkeit und Fahrradstadt Hamburg zu sprechen, reicht eben nicht. Neue Wege sind gefragt, dazu braucht es auch einen mutigen Senat. Dabei helfen wir ihm gerne. Wir zitieren hier anschauungshalber aus dem Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 21/2207/21. Wahlperiode/11.11.15):

Betr.: »Fahrradstadt Hamburg«: Rechtsabbiegen bei Rot ermöglichen

»Die Verbesserung der Verhältnisse für den Fahrradverkehr zur Entwicklung der Fahrradstadt Hamburg ist eines der herausgehobenen Ziele des Senats in dieser Legislaturperiode (...). Radverkehr bietet einen wichtigen Ansatz, um die Straßen vom Kfz-Verkehr zu entlasten und somit die Lärm- und Luft-Belastung zu verringern. Der Senat möchte das Radfahren in Hamburg noch attraktiver machen und »den Radverkehrsanteil am Modal Split im Laufe der 20er Jahre auf 25 Prozent steigern«, so der Senat zuletzt bei der Einsetzung der Radverkehrskordinatorin (Drs. 21/1502). Um das Ziel zu

erreichen, bedürfe es unter anderem »eines Willkommensklimas für den Radverkehr« (ebenda).

Bei den Menschen, die zeigen, dass sie gerne und für alle Zwecke Rad fahren, ist bereits der Grundstein gelegt. Jetzt sollte die Verkehrsplanung dieses Engagement ebenfalls verstärker an den Tag legen. Dies kann mit vielen verschiedenen und kreativen Maßnahmen gelingen. Nicht nur unsere Innenstadt muss für Radfahrer/innen attraktiver werden.

Ein Großteil der Ampeln in der Stadt existiert für und wegen Autos. Für Autos, da sie meist mit hoher Geschwindigkeit und in hoher Dichte auf eine Kreuzung zufahren. Wenn es nicht an jeder Kreuzung zu Unfällen mit anderen Autos kommen soll, dann bedarf es in Städten Ampeln. Autofahrer/innen brauchen für einen guten Verkehrsfluss eindeutige, kontextunabhängige Signale wie Ampeln, denn sie können nicht so schnell anhalten, gegenseitige Verständigung über Blicke oder Worte ist schwer möglich und nicht verlässlich. »Störfaktoren« wie zu Fuß Gehende und Radfahrende sollen möglichst aus dem Weg. Letztere haben Regeln bekommen, die sie als alleinige Verkehrsteilnehmer/-innen nicht benötigten.

Starre Ampelphasen, oft viel zu lange Wartezeiten und Bettelampeln machen Radverkehr unattraktiv und bremsen Radverkehrsflüsse. Statt also Radfahrer/innen zu bestrafen, die sich mit Situationen herumschlagen, die nicht für sie, sondern für Autos gemacht wurden, sollte man überlegen, wie man einen sicheren und schnellen Verkehrsfluss für Radfahrer/innen an signalisierten Knotenpunkten und Einmündungen erreichen kann. Oder wie die Bürgerschaftsfraktion der GRÜNEN richtig forderte: »Wir brauchen Ampelschaltungen, die den Radverkehr nicht an dem Verkehr auf dem Fußweg orientieren, sondern an dem auf der Straße« (vgl. Drs. 20/12910). Hier wurde erkannt: Ampeln machen den Radverkehr langsamer, wodurch das Fahrrad als alternatives Verkehrsmittel weniger attraktiv wird.

In Hamburg können Autofahrer/innen seit 2002 an rund 200 Kreuzungen an roten Ampeln nach einem Stopp abbiegen, sofern dort ein grüner Pfeil hängt. Dabei wäre dieses

Verkehrsschild viel sinnvoller für ein Verkehrsmittel, das ohnehin weitgehend ohne Ampeln auskommen würde – das Fahrrad! Das Rechtsabbiegen von Radfahrenden ist weniger gefährlich als von Kraftfahrzeugen und benötigt daher weniger hohe Hürden. Radfahrende nehmen ihre Umgebung visuell und akustisch viel besser wahr, bekommen also besser mit, was um sie herum geschieht.

Nicht nur Experten/innen fordern: »Radfahrer/innen sollten nicht an roten Ampeln halten!« Im US-Bundestaat Idaho wird das bereits praktiziert. Dort dürfen Radfahrer/innen auch bei Rot rechts abbiegen. Bekannt ist dies als »Idaho-Stop«: Fahrradfahrende dürfen seit 1982 ein Stoppschild wie ein Schild »Vorfahrt gewähren« und eine rote Ampel wie ein Stoppschild behandeln. Diese Regel gilt zumindest versuchsweise mittlerweile auch in Frankreich, Holland, Belgien und in Basel. In Paris zum Beispiel gilt: An den mit eigens entwickelten Schildern markierten Ampeln dürfen Radelnde auch bei Rot rechts abbiegen, nachdem sie angehalten und sich umgeschaut haben. Deutschland hinkt da hinterher. Der wahrscheinlich einzige deutsche Grünpfeil exklusiv für Radfahrende hängt seit März 2006 in München. In Köln haben sich laut aktuellen Medienberichten alle Fraktionen für den Grünpfeil für Radfahrende ausgesprochen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. sich für eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines Grünen Pfeils auch für den Radverkehr einzusetzen beziehungsweise eine solche zu starten. Parallel soll die Straßenverkehrsordnung um ein spezielles Schild erweitert werden, das dann bedarfsgerecht von den Kommunen installiert werden kann.

2. zu prüfen, ob sich Hamburg der Rechtsauffassung des Bayerischen Staatsministerium des Innern anschließt, die eine Verwendung von Grünpfeilschildern an nur für Radfahrende geltenden Lichtzeichen nach dem Wortlaut von § 37 StVO nicht ausschließt.

3. einen Versuch zumindest an Stellen mit baulich vom Fahrverkehrssignalgeber getrennten Radfahrtsignalgebern (»Fahrradampeln«) zu beginnen.

4. signalisierte Knotenpunkte, bei denen der Radverkehr sich noch über Fußgängerampeln bewegen muss, mit Fahrradampeln auszustatten, damit der Rad- vom Fußverkehr deutlich getrennt ist und sich zügig fortbewegen kann. Sogenannte kombinierte Streuscheiben (Fußgänger/Radfahr-Symbol auf einer Scheibe) sollen reduziert und nicht mehr eingesetzt werden.

5. der Bürgerschaft im 1. Quartal 2016 darüber zu berichten, in welchem Umfang Maßnahmen ergriffen wurden und welchen Zeithorizont er in Umsetzung dieses Beschlusses weiter für nötig erachtet.«

Schandfleck City-Hof-Hochhäuser?

Von Siri Keil



City-Hof-Hochhäuser, Januar 2015 (C. Hannen)

Hässlich sind sie! Und grau! Und unzeitgemäß! – Oder, wie der Oberbaudirektor es vornehmer formuliert: »Eine architektonisch falsche Entscheidung, die sich nicht in das Stadtgefüge einfügt.« – Wenn es um die City-Hof-Hochhäuser am Klosterwall geht, sieht man sie förmlich mit den Augen rollen – die städtischen ImmobilienmanagerInnen und ihre politischen FürsprecherInnen.

Diese anschwellende Schandfleck-Polemik wird provoziert, seit öffentlich über den Erhalt oder Abriss der vier Innenstadt-Hochhäuser diskutiert wird. Dabei scheint die Sache, für den Senat zumindest, eigentlich ganz klar zu sein: Die Klötze kommen weg und das Grundstück wird nach einem lu-

krativen Investoren-Deal neu bebaut. Soweit, so pragmatisch – wenn da nicht der Denkmalschutz wäre.

Die erste Verkaufsausschreibung des 1A-Areals musste die Verwaltung 2013 zähneknirschend zurückziehen – dem Senat war das eigene neue Denkmalschutzgesetz in die Quere gekommen. Olaf Scholz hatte es im Wahlkampf versprochen und nun war es da: Das Ipsa Lege-Prinzip! Es besagt: Erkannte Denkmäler = geschützte Denkmäler. Und das gilt seit dem 1. Mai 2013 auch für den City-Hof: Die markanten Bauten der Nachkriegs-Moderne sind ein waschechtes Denkmal.

Nun könnten kritische Geister meinen, dass es die Stadt noch nie wirklich interessiert hat, ob es sich um ein ge-

geschütztes Denkmal handelt oder nicht – jedenfalls, wenn ein Abriss profitabler ist als der Erhalt. Aber diese einfache Logik lässt sich angesichts des zweifelhaften Rufs als »Freie und Abrissstadt Hamburg« öffentlich natürlich nicht lauthals vertreten. Immerhin steht in § 1 Abs. 2 des Denkmalschutzgesetzes, die Freie und Hansestadt Hamburg solle als Denkmaleigentümerin »durch vorbildliche Unterhaltungsmaßnahmen an Denkmälern für den Wert des kulturellen Erbes in der Öffentlichkeit eintreten und die Privatinitiative anregen«.

Um es vorwegzunehmen: Dieser Paragraph steht angesichts des drohenden Abrisses des City-Hofes ein für allemal zur Disposition, und es dämmert die unschöne Erkenntnis, dass der Senat die Bedeutungslosigkeit des Denkmalschutzes mit dieser Geschichte in Stein meißelt – zumindest wenn es um seine eigenen Immobiliengeschäfte geht.

Nun könnten besagte Geister natürlich abgeklärt ausführen, es sei eine Binsenweisheit, dass die Erhaltung von Denkmälern unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten fast immer das Nachsehen hat. Das macht das Ganze allerdings nicht weniger problematisch und politisch bedeutend ist hier außerdem die Methode.

Im Fall des City-Hofs liegt der Trick ausgerechnet in der Neuausschreibung im Sommer 2014. Das Immobilienangebot »Quartier am Klosterwall« des Landesbetriebs Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) sah nun nämlich zwei Szenarien vor: Bestandssanierung und Neubebauung. Paradoxerweise wurde genau auf diese Weise die Abrisspriorität des Senats noch einmal festgezurrert und der Denkmalschutz quasi ausgesetzt. Warum? Weil beim Verkauf einer denkmalgeschützten Immobilie in einem Bieterverfahren mit Erhaltens- und Abrissoption der Denkmalschutzaspekt als maßgebliches Kriterium zwangsläufig außen vor bleiben muss – und zwar, um den »abrissswilligen« Bewerber nicht zu benachteiligen. Der hierfür entscheidende Satz im städtischen Angebotspapier: »Hamburg garantiert die Genehmigung zur Beseitigung des Denkmals, sollte das wirtschaftlichste Gebot einen Neubau zur Grundlage haben.« Im Prinzip hatte das »Hamburger Abendblatt« in einem Artikel vom 22. Juli 2014 des Pudels Kern schon klar benannt: »Die vier sogenannten City-Hochhäuser (...) sollen abgerissen werden. Das empfiehlt die Finanzbehörde in einem Drucksachenentwurf, der dem Abendblatt vorliegt. Damit setzt sich die Behörde darüber hinweg, dass die in den 50er-Jahren gebauten Gebäude am Klosterwall unter Denkmalschutz stehen.« Und weiter: »Mit einer schon vorab erteilten Erlaubnis des Senats zum Abriss der City-Hochhäuser soll möglichen Investoren, die ein Angebot unterbreiten, Planungssicherheit gegeben werden. Die Stadt erhofft sich dadurch auch deutlich höhere Gebote.«

Damit schien es nur noch Makulatur zu sein, dass insgesamt sechs der im Bieterverfahren abgegebenen Angebote eine Bestandssanierung vorsahen, was natürlich ein Licht darauf wirft, dass der Erhalt der Gebäude keineswegs ein für InvestorInnen unwirtschaftlicher Weg zu sein scheint.

Was wurde nicht alles ins Feld geführt, um sachlich für einen Erhalt der Gebäude zu argumentieren? Die Initiative City-Hof, DenkmalschützerInnen und ArchitektInnen machten



Reges Interesse (Foto: Initiative City-Hof)

deutlich, dass die Gebäude ohne Weiteres sanierungsfähig seien, die Optik der Originalfassade problemlos wiederhergestellt werden könne, eingesparte Rohbaukosten preiswerte Wohnungsmieten und Sozialwohnungen möglich machen und die Erhaltung der Bausubstanz »graue Energie« bei Material und Transport einsparen würde.

Deutliche Worte findet auch der Internationale Rat für Denkmalpflege (ICOMOS), der als Berater und Gutachter an der Arbeit des Welterbe-Komitees und damit an der Welterbe-Entscheidung für die Speicherstadt und das Kontorhausviertel beteiligt war. In seinem zweiten Brief an den Bürgermeister heißt es: »Mit der offensichtlich beabsichtigten oder wenigstens akzeptierten Eliminierung eines über Hamburg hinaus bedeutenden Großstadtdenkmal der Nachkriegs- und Wiederaufbauzeit würde die Finanzbehörde einreißen, was die Kulturbehörde kürzlich mit ihrem erfolgreichen Welterbeantrag für die Speicherstadt und das Kontorhausviertel aufgebaut hat. Der Freien und Hansestadt droht ein erheblicher Glaubwürdigkeitsverlust in das Bekenntnis zu Denkmalschutz und Denkmalpflege.«

Nachdem bereits Anfang September der letzte Bieter, der ein Sanierungskonzept vorgelegt hatte, unter fadenscheinigen, formaljuristischen Umständen vom Verfahren ausgeschlossen wurde, forderten hochrangige Denkmal-, Kultur- und ArchitekturvertreterInnen vom Bürgermeister die Herstellung von Transparenz und eine öffentliche Diskussion.

Und nun? Dem Willen des Senats, hier mit Verkauf und Abriss ein gutes Geschäft zu machen, tut all das keinen Abbruch. Am 3. November verkündete er den Abschluss des Gebotsverfahrens und präsentierte als bestes Gebot das Neubaukonzept des August Prien Konsortiums. Statt aber jetzt, wie vorgesehen, die Kommission für Bodenordnung den Verkauf absegnen zu lassen, übertrug er der Bürgerschaft die Entscheidung. Eine spontane Transparenzoffensive? Weit gefehlt.

Worüber die Bürgerschaft hier zu entscheiden hat, ist lediglich die Frage: Soll der Verkauf an den »Bestplatzierten« über die Bühne gehen oder lieber doch nicht? Interessant ist, dass der Senat in seinen Antworten auf die dritte Schriftliche Kleine Anfrage der Linksfraktion zum City-Hof am 20. November (Drs. 21/2241) sprachlich deutlich macht, wie sicher er sich seiner Sache ist: Die Formulierung »nach Zustimmung

der Bürgerschaft« steht am Anfang der entscheidenden Sätze. Mit dem Szenario, dass sich die Bürgerschaft gegen einen Verkauf an das Aug. Prien Konsortium entscheiden könnte, hat sich der Senat nach eigener Aussage noch »nicht befasst«. Was sagt uns das über die Rolle des Parlaments? Abnicken, setzen! Was der Senat hier auf den letzten Metern inszeniert hat, ist eine Pseudotransparenz, die keinerlei Konsequenzen haben wird. Bedenklich ist, dass diese von Anfang an offen zur Schau gestellte Intransparenz des städtischen Immobilienmanagements zur Machtdemonstration gegenüber der Bürgerschaft und der Öffentlichkeit wird.

Aber keine Angst, die Verantwortung für den Abriss tragen am Ende andere. Diejenigen nämlich, die bei der ganzen Sache ansonsten so gar keine Rolle spielen durften: Das Denkmalschutzamt. Nachdem die Bürgerschaft den Verkauf planmäßig durchgewunken hat, muss nämlich – baurechtlich ganz vorbildlich – »die Genehmigung zum Abriss der City-Hochhäuser« durch die Kulturbehörde, also das Amt für Denkmalschutz getroffen werden, und alle anderen sind fein raus.

Die Jokerfrage zum Schluss: Haben die DenkmalschützerInnen vom Amt hier überhaupt noch eine Wahl? Rechtlich

schon – aber politisch? Wirft ein Amt, mit guter Begründung, die Angebotsgestaltung und den selbst erklärten Willen des Senats über den Haufen und stellt damit letzten Endes doch die Weichen für ein transparentes, öffentliches Verfahren zur Zukunft des City-Hofes? Schön wär's, wenn wir eine politische Landschaft hätten, in der diese Praxis eine reale, demokratische Option wäre.

Wir sollten genau das fordern!

Siri Keil und Norbert Hackbusch laden ein:

Besuch und Besichtigung des City-Hofes,

durchgeführt von der für den Erhalt der City-Hochhäuser engagierten Initiative City-Hof

Sonntag, 29. November, 15 Uhr

Treffpunkt: Arno-Schmidt-Platz (Zentralbibliothek)

Interessierte sollten sich möglichst bis zum 27.11.

anmelden per Email an [Siri.Keil@linksfraktion-](mailto:Siri.Keil@linksfraktion-hamburg.de)

[hamburg.de](mailto:Siri.Keil@linksfraktion-hamburg.de)

Gegen die Verödung des Schanzenhofs!



Foto: 3001-Kino

Unter dieser Parole ist vor einigen Wochen eine alternative Bewegung in der Schanze angelaufen, die sich gegen die Gentrifizierung des Quartiers und konkret gegen die Kündigung u.a. der Drogenhilfeeinrichtung Palette e.V. und des Hotels Schanzenstern zum 31. März 2016 richtet. Ein gut besuchtes Hoffest mit anschließendem Umzug durchs Viertel am 31. Oktober sowie eine Demonstration am 25. November haben bereits stattgefunden. Die Demo übrigens nicht im und um den Schanzenhof, sondern vor den Geschäftsräumen der Gebrü-

der Schommartz (Harvesterhuderweg 92), die mit einer Mieterhöhung von 8,50 auf 14,00 Euro/qm auch der sogenannten Kulturretage den Garaus machen. Die Linksfraktion steht den Schanzenhof-KämpferInnen solidarisch zur Seite, eine Kleine Anfrage zu den Spätauswirkungen der Privatisierung dieses ehemaligen Montblanc-Gebäudes folgt.

Wir danken der Schanzenhof-Initiative für die Möglichkeit, die nachfolgende Chronik aufzunehmen. Mehr unter www.schanzenhof.info.

WIE ALLES BEGANN

1990 Die Stadt kauft die alte Füllfederhalter-Fabrik von Montblanc in der Bartelsstraße/Schanzenstraße für 3,5 Mio. D-Mark (!).

1991 Die Fabrikgebäude werden nach umfangreichen 1,5 Mio. D-Mark teuren Restaurierungsarbeiten an Initiativen, Vereine, soziale, kulturelle und bildungspolitische Einrichtungen und kleine Betriebe vermietet und neu belebt. Unter ihnen das bekannte, alternative Hotel Schanzensterne mit seinem Bio-Restaurant, das Programm-Kino 3001, die Volkshochschule, das Drogenhilfeprojekt Palette e.V., „Das Atelier“. Die Mieten sind moderat. Der Schanzenhof mit seinen Mietern ist Ausdruck und Sinnbild des alternativen Lebens im Schanzenviertel. Damit hat die Stadt bewusst ein innovatives, alternatives und der Vielfalt verbundenes Projekt gefördert.

2006 Der damalige CDU-Finanzsenator Peiner wirft 52 Gebäude und Grundstücke im Höchstgebotsverfahren auf den Markt. Darunter der komplette Schanzenhof. Er geht an die DIC – Deutsche Immobilien Chancen Investmentgesellschaft, Frankfurt. Der Name ist Programm.

2008 Weiterverkauf an die Schanze 75 GmbH für 7,0 Mio. EURO (!).

2013 Weiterverkauf an die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) der Brüder Maximilian und Moritz Schommartz für 8,5 Mio. EURO. Nennenswertes für den Bestand der Gebäude haben sie – ebenso wie ihre Vorbesitzer – nicht getan. So buchstabiert man Spekulantentum.

2015 Die Schommartz-Brüder (Maximilian wurde auf Vorschlag der SPD im Juli 2015 in die Deputation der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation gewählt) sind mit der aktuellen Rendite offenbar nicht zufrieden. Es folgt die Kündigung mehrerer Etagen zum 31.03.2016. Betroffen sind der Schanzensterne samt Restaurant, die Drogenhilfeeinrichtung Palette e.V. und die Kulturetage mit Musikerinnen, Kabarettist „Alfons“ und dem „Atelier“, welches Klavierunterricht und verschiedene Kurse für Kinder und Erwachsene anbietet.

Am Programm-Kino 3001 geht der Kelch noch vorbei, weil die Verträge eine Mietpreisbindung bis 2021 enthalten. Was danach geschieht, ist offen.

Bei einer geforderten Mietpreiserhöhung von 8,50 auf 14,00 EURO pro Quadratmeter z.B. für die Kulturetage ist für das Programm-Kino 3001 allerdings Schlimmes zu befürchten.

viSdP: Schanzenhof e.V., Bartelsstraße 12, 20357 Hamburg

Pikant ist auch der Verhandlungsstil der Brüder. Das Schanzenhof verhandelte seit 2013 mit den Eigentümern. Bei diesen nicht einfachen Verhandlungen war zu keinem Zeitpunkt zu erkennen, dass dem Schanzensterne das Aus droht. Im Gegenteil. Immer neue Anforderungen der Eigentümer wurden erfüllt.

Jetzt wurde bekannt, dass die Eigentümer parallel mit Stephan Behrmann, Geschäftsführer des Fritz-Pyjama Hotels am Bahnhof Sternschanze, verhandelten. „Im Schanzenviertel wollen wir ein weiteres Pyjama Park Hostel mit 21 Zimmern eröffnen“, ist in der Ausgabe 3/2015 der Zeitung „Hoteldesign“ zu lesen. Fairer Umgang zwischen Verhandlungspartnern sieht anders aus.

Mit dem Aus für den Schanzensterne verlieren 40 Mitarbeiter_innen ihren Arbeitsplatz und die Stadt und das Schanzenviertel ein preisgünstiges und alternatives Hotel und Bio-Restaurant, das sich großer Beliebtheit bei den Anwohner_innen erfreut. Egal, was kommen mag: Es wird hochpreisiger sein und anderes Publikum ziehen.

Die Kulturschaffenden verlieren nicht nur günstige Räumlichkeiten, sie sind in ihrer Existenz bedroht. Denn es ist so gut wie ausgeschlossen, in der Umgebung gleichwertigen Ersatz zu finden.

Die Klient_innen der Drogenhilfeeinrichtung Palette bangen um das gute nachbarschaftliche Verhältnis, in das sie eingebettet sind und das nicht selbstverständlich ist. Die Putzkolonne der Palette verliert ihren Arbeitsplatz: die öffentlichen Flure des Schanzenhofs.

Das Übel nahm seinen Lauf mit dem Verkauf öffentlichen Eigentums 2006 durch CDU-Finanzsenator Peiner.

Der SPD/Grüne-Senat hat nun die Chance, diesen gravierenden Fehler zu korrigieren, indem er den Montblanc-Komplex zurückkauft und der Gentrifizierung des Schanzenhofs einen Riegel vorschiebt.

Dafür spricht auch, dass die Volkshochschule, die den Löwenanteil der Räumlichkeiten des Montblanc-Komplexes gemietet hat und automatisch in die Mietpreisspirale einbezogen ist, eine quasi staatliche Einrichtung ist und von der Stadt finanziert wird.

Dem Spekulantentum muss ein Ende gesetzt werden, um solch alternative, soziale und kulturelle Inseln wie den Schanzenhof am Leben zu halten.

Wir fordern die Eigentümer auf: Rücknahme der Kündigungen im Schanzenhof und bezahlbare Mieten!

Wir fordern die Stadt auf: Rückkauf des Schanzenhofs schnellstmöglich!

Letzte Meldung: Mieten steigen noch höher!



Vorstellung des Mietenspiegels, 25.11.2015 (Foto: M. Joho)

In den vergangenen Monaten war den Medien verschiedentlich zu entnehmen, die Mietpreisspirale habe sich abgeschwächt. Und hatte nicht die ehemalige Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau (SPD) bei der Verkündung des letzten Mietenspiegels am 12. November 2013 von einer »Stagnation der Mietpreissteigerung« gesprochen, mit dem Unterton, nun sei der Berg überwunden?

Das genaue Gegenteil ist richtig. Waren die Nettokaltmieten von 2011 auf 2013 durchschnittlich um 5,7% auf 7,56 Euro/qm angestiegen, hat es von 2013 auf 2015 ein durchschnittliches Anwachsen sogar um 6,1% auf nunmehr 7,56 Euro/qm gegeben. Das ist die höchste Steigerungsrate seit etlichen Jahren. Nix mit einer Stagnation oder gar einer Dämpfung des Mietenwahnsinns, das genaue Gegenteil ist der Fall.

Es war geradezu haarsträubend, mit welcher Gelassenheit resp. Ignoranz die amtierende Stadtentwicklungssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt (SPD) jetzt, am 25. November, bei ihrer Vorstellung des »Mietenspiegels 2015« über diese Entwicklungen nonchalant hinwegging. Mehrmals verwies sie angesichts der Zahlen auf den »weiterhin dynamischen Wohnungsmarkt« – was für ein begrifflich kaschierender Bockmist! Nein, kein Wort von einer Mietenexplosion, vielmehr sprach sie wiederholt von der »Herausforderung, der wir uns stellen« – ohne allerdings die Entwicklung zu bedauern oder die Auswirkungen für Zehntausende betroffene MieterInnen auch nur ansatzweise zu analysieren.

Und es kommt noch schlimmer, gerade für die Menschen mit wenig oder durchschnittlichem Einkommen. Hatten wir unter den mietenspiegelrelevanten Wohnungen 2011 noch 175.500 Wohneinheiten mit einer Nettokaltmiete unter 6 Euro/qm, so ist diese Zahl auf lediglich 115.000 bis zum 1. April 2015 – dem Zeitpunkt der diesjährigen Mietenspiegel-Erhebung – abgesunken. Und dies, obwohl erstmals angeblich 13.500 (günstige) Sozialwohnungen in die Berechnung

der ortsüblichen Vergleichsmiete eingeflossen sind (was noch genauer zu prüfen sein wird).

Der Wert von 6,1% Mietsteigerungen in den letzten zwei Jahren ist eben nur ein Durchschnittswert, bei Lichte betrachtet stellt sich die Lage für die unteren Einkommensgruppen noch viel dramatischer dar. So musste von der zuständigen Stadtentwicklungsbehörde auch erläutert werden, dass die durchschnittlichen Mieterhöhungen in der »normalen Wohnlage« sage und schreibe um 6,9% angestiegen seien, die in den »guten Wohnlagen« dagegen nur um 2,9%. Und noch so ein begrifflicher Trick, um die wahre Bedeutung dieser Werte zu übertünchen: Es war davon die Rede, dass von den ca. 24.000 Straßenabschnitten, die im Wohnlagenverzeichnis erfasst sind, etwa zwei Drittel der normalen Wohnlage und ein Drittel der guten Wohnlage zuzurechnen sind. Nun wohnen in einer Straße mit guter Wohnlage meist viel weniger Menschen als in den zugebauteren Straßenabschnitten in normaler Wohnlage. Ergo ist der Anteil, der von nochmals erhöhten Mietsteigerungen um durchschnittlich 6,9% betroffen ist, ganz sicher größer als die von der Behörde eingestandenen zwei Drittel der Mieterschaft.

Wie sich Frau Stapelfeldt auf dieser Pressekonferenz angesichts der weiter zugespitzten Mietpreisschraube hinstellen kann und auch bis 2017 Neubauzahlen von lediglich 6.000 bis 7.000 Wohneinheiten pro Jahr einräumt, bleibt ein Rätsel. Zwar ist hier das Sonderbauprogramm für rund 5.600 Flüchtlingswohnungen nicht eingerechnet, aber der in der Mietenexplosion (mit dem Stichtag der Erhebung am 1.4.2015, also vor der großen Fluchtbewegung) zum Ausdruck kommende Wohnungsmangel wird damit auch für die nächsten Jahre festgeschrieben. Wir sagen daher: Schluss mit den teuren Wohnungen, Hamburg braucht mindestens doppelt so viele geförderte Wohnungen wie bisher geplant!

Kultur Tipp: Bücher sind Leuchttürme!



Auch wenn es sicher keine »linke Buchmesse« ist, so ist doch der nichtkommerzielle »1. Antiquarische Büchermarkt« am Samstag, den 28. November, eine schöne Gelegenheit, sich einmal mehr dem Leuchtturm Buch zu widmen. Ob's ein unverständliches »Buch mit sieben Siegeln« ist oder eines, »das die Leute loben, aber nicht lesen« (Mark Twain), der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Auch wenn mit rund 10.000 angebotenen Büchern gerade einmal ein Zehntel der deutschsprachigen Neuproduktionen im vergangenen Jahr erreicht wird, dürfte es doch eine interessante Auswahl sein, die da verschiedene private VerkäuferInnen präsentieren. Alleine die örtliche Geschichtswerkstatt wirft etwa 1.000 historische Bücher auf den Markt, von einigen Videos und CDs ganz abgesehen. Wer seinen Bücherschrank nicht nur neu bestücken, sondern ggfs. auch entlasten will – vielleicht auch im Ausgleich – ist eingeladen, in den beteiligten Räumen am Hansaplatz 8-10 von 13 bis 18 Uhr selbst einen Stand zu betreiben, sei es, um Liegegebliebenes oder vielleicht auch schon Ge-

lesenes an den Mann oder die Frau zu bringen. Die Standgebühr beträgt 5 Euro, Anmeldung per E-Mail an info@gw-stgeorg.de oder telefonisch unter 040/57138636 (AB).

Der in dieser Form erste Büchermarkt in Hamburg – sieht man mal von der alljährlichen Verkaufsmesse bibliophiler Raritäten in der Handelskammer ab – könnte und soll wohl auch, so zumindest die Überlegung, wenn nicht Hoffnung der Veranstalter, noch größere Dimensionen bekommen. Gedacht wird daran, im nächsten Sommer einen Open-Air-Bücherflohmarkt auf dem Hansaplatz zu veranstalten. Eine Verneigung vor den rund 250 Pariser BouquinistInnen, die alltäglich an der Seine ihr antiquarisches Programm ausbreiten und nach 300 Jahren damit endlich zum Weltkulturerbe geworden sind.

Aber alles fängt mal klein ein. Also, am ersten Advent den Büchermarkt besuchen und anschließend auf einem der Weihnachtsmärkte Glühwein bzw. Saftpunsch trinken, mit zwei Tüten neu-alter Bücher! Für daheim oder als Geschenk.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.